



Ein neues „Restrisiko“

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit will einen Gen-GAU in Sachsen-Anhalt nicht länger ausschließen → Seite 4

Liebe Leserinnen und Leser,

heute präsentieren wir Ihnen den neuen Infobrief des Umweltinstituts München. Wir haben unsere Öffentlichkeitsarbeit umgestellt und modernisiert. Statt den material- und kostenintensiven *Umweltnachrichten* erstellen wir Broschüren und Faltblätter, die ansprechend gestaltet und leicht verständlich ausgewählte Themen behandeln – und sich sehr großer Nachfrage erfreuen. Darüber hinaus informieren wir verstärkt über Presse und Internet und geben die *Münchner Stadtgespräche* heraus.

Mit diesem Infobrief unterrichten wir Sie über Aktuelles aus unseren Arbeitsbereichen. Wenn Sie zu einem Thema mehr wissen möchten, finden Sie auf unserer Homepage ein vielfältiges Angebot. Falls Sie diese Möglichkeit nicht nutzen, senden wir Ihnen gerne das gewünschte Infomaterial zu.

Einer Teilaufgabe dieses Infobriefes liegt unsere neue Selbstdarstellung mit Unterstützer-Erklärung bei. Wir würden uns freuen, wenn Sie damit bei Ihren Freunden oder Nachbarn für uns werben. Denn nur unsere Förderer gewährleisten unsere unabhängige Forschungs- und Aufklärungsarbeit!

Viel Spaß mit der neuen Lektüre wünscht Ihnen

Christina Hacker

Klimawandel → Atomkraft als Retter?

AKWs zu Freizeitparks!

Kaum hat uns der Klimawandel eingeholt, da wird auch schon der Retter präsentiert: die Atomkraft. Denn nuklear erzeugter Strom hat den scheinbaren Vorteil, dass er vergleichsweise CO₂-arm erzeugt werden kann. Dabei ist der Anteil der Atomenergie am Gesamtenergieverbrauch global gesehen bedeutungslos: Weltweit waren es 2005 nur zwei bis drei Prozent. Damit schneidet Atomenergie im Vergleich zu Erneuerbaren Energien schlecht ab, denn Energie aus Sonne, Wind, Wasser und Co. kam schon auf 20 Prozent.

Weltweit sind derzeit 435 Atomkraftwerke (AKWs) in Betrieb – und die sind stark überaltert: Drei Viertel von ihnen laufen seit mehr als 20 Jahren, ein gutes Viertel sogar seit über 30 Jahren. Jünger als 10 Jahre sind nur 7,6 Prozent. Bei einer Laufzeit von 40 Jahren müssten innerhalb der nächsten zwei Jahr-

zehnte alle Reaktoren, die heute älter als 20 Jahre sind, stillgelegt werden: drei Viertel aller laufenden Anlagen. Nur um den Status Quo aufrecht zu erhalten, müssten also in den kommenden 20 Jahren mehr als 300 neue AKWs gebaut werden. Ein illusorisches Unterfangen, wenn man mit einer Bauzeit von mindestens 10 Jahren rechnet.

Fortsetzung → Seite 3



Der Schneller Brüter in Kalkar wurde nie in Betrieb genommen. Nach dem Verkauf wurde aus ihm der Freizeitpark „Wunderland Kalkar“.



Sendemasten → Alternative Standorte

Minimierte Belastungen

Acht Mobilfunk-Netze werden in Deutschland betrieben, ständig ergänzt und umgebaut. Alle Funkdienste sollen an jedem Ort gleichzeitig verfügbar sein – Konflikte sind vorprogrammiert. Viele Mietverträge für Antennenstandorte laufen derzeit aus, Vermieter kündigen häufig wegen Anwohnerprotesten, zahlreiche Eigentümer stellen ihre Immobilien nicht mehr zur Verfügung. Akquisiteure benötigen oft Jahre, bis sie einen geeigneten Standort finden. In dieser Situation errichten Netzbetreiber ihre Stationen auch auf ungünstig gelegenen oder zu niedrigen Gebäuden. Die Nachbarn finden sich in der Konsequenz oft im direkten Hauptstrahl der Anlage wieder und werden stärker bestrahlt, als es technisch nötig wäre. Für eine Bürgerinitiative stellt sich bei der Mobilfunk-Diskussion deshalb die zentrale Frage: Sollen wir mit aller Kraft versuchen, einen neuen Standort zu verhindern, oder wirken wir bei der Standortplanung mit, um die Strahlenbelastung zu minimieren? Entscheiden sich die beteiligten Akteure für die Kooperation, gibt es erfahrungsgemäß gute Aussichten, eine immissionsminimierte Variante als einen für alle Seiten tragfähigen Kompromiss zu finden. Voraussetzung ist jedoch, dass ein Gutachter nicht nur die Vorgaben von Netzbetreiber und Kommune abarbeitet. Die Optimierung eines Mobilfunkstandortes ist ein Prozess, der Erfahrung, Unabhängigkeit und die Einbeziehung aller Betroffenen verlangt. Dann kann er gelingen.

Hans Ulrich-Raithel

WLAN → Landtag warnt

Schulen verkabeln

Nach einer Empfehlung des Bayerischen Landtags vom 22. März 2007 sollen Schulen auf drahtlose Internet-Netzwerke (WLAN) verzichten. Das ist das Ergebnis einer Anhörung vom vergangenen Dezember, an der auch das Umweltinstitut München beteiligt war. Der Bildungsausschuss des Landtags appelliert an Schulen, auf kabelgebundene Netzwerke zurückzugreifen. Dadurch sollen mögliche, durch Strahlung bedingte Gesundheitsgefahren ausgeschlossen werden, so die Begründung. Neben der Vernetzung von Computern dient WLAN als schnurloser Internet-Zugang für den PC daheim oder etwa in Hotels.

Erfolge → Standorte optimieren

Ausgestrahlt

Weil der Gesetzgeber die Grenzwerte für die Strahlenbelastungen durch Mobilfunkanlagen momentan nicht senkt, bleibt nur die Suche nach optimierten Standorten. Was für die Menschen vor Ort durch eine solche Suche erreicht werden kann, sieht man am Beispiel.

Die Computersimulation links unten zeigt die Strahlung in der Umgebung eines Funkmasts, der mitten im Ort auf einem Dach errichtet worden ist. Grau dargestellt sind Gebäude, Grün und Gelb zeigen an, wo der Salzburger Resolutionswert von 1 mW/m^2 (Milliwatt pro Quadratmeter) unterschritten; Rot und Violett, wo er überschritten wird. Die Grafik rechts zeigt die Strahlungssimulation in der selben Gemeinde, nachdem das Umweltinstitut München durch ein Gutachten den optimalen Standort für die Anlage in einem Wald gefunden hatte. Die Belastung der betroffenen Anwohner beträgt nur etwa ein Prozent im Vergleich zu der Variante links.

Ein hervorragendes Ergebnis – ohne dass deshalb irgendwo Funklöcher auftauchen, die das Telefonieren unmöglich machen. Der Mobilfunkbetreiber bewertet diese Variante als gleichwertig geeignet.

DECT-Telefone → strahlungsarm

Geregelt schnurlos

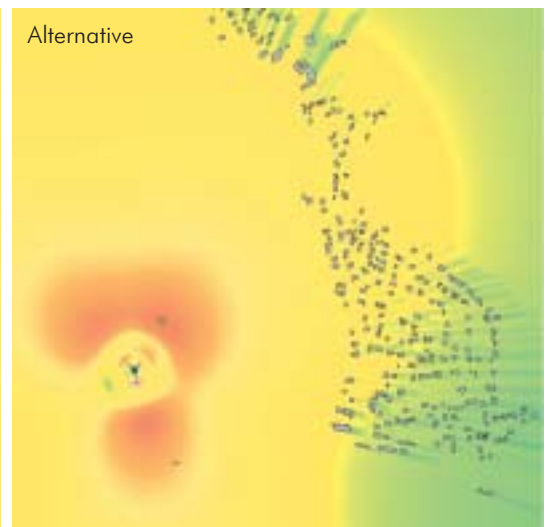
Umweltverbände haben es schon lange gefordert, seit Juni 2005 auch das Bundesamt für Strahlenschutz: schnurlose DECT-Telefone, die ihre Leistung regeln und im Stand-by-Betrieb gar nicht strahlen. Nachdem sich die namhaften europäischen Hersteller lange gegen die Einführung entsprechender Geräte gewehrt haben, sind inzwischen einige Telefone auf dem Markt. Eine aktuelle Übersicht finden Sie auf unserer Webseite:

www.umweltinstitut.org/schnurlos

Dachstandort



Alternative



Atommüll → Salzstock Gorleben

Die unendliche Endlagersuche



Mit der im April getroffenen Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts geht ein fast 25 Jahre dauerndes Genehmigungsverfahren zu Ende: Schacht Konrad kann als Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll in Betrieb genommen werden. Keine Auswirkungen hat dieses Urteil laut Bundesumweltministerium (BMU) allerdings auf die Debatte um den Salzstock in Gorleben als mögliche Endlagerstätte für hochradioaktiven Müll.

Die Union jedoch drängt. Eine vom Bundeswirtschaftsministerium (BMW) in Auftrag gegebene neue Studie soll den Standort Gorleben zementieren. Die Forscher haben die Endlagerung radioaktiver Abfälle in tiefen geologischen Tongesteinsformationen untersucht. Ergebnis: Große Gebiete Norddeutschlands und eine kleine Region an der Grenze von Baden-Württemberg und Bayern sind für die Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen

geeignet. Allerdings habe Ton gegenüber Steinsalz ungünstigere Eigenschaften. Für das BMWi ist damit klar: „Wir haben in Deutschland einen Standort, der bereits erforscht ist: Gorleben“, so ein Vertreter des Ministeriums. Im BMU stieß das Gutachten auf gehörige Irritation, denn die Endlagersuche fällt in das Ressort von Sigmar Gabriel. Und die Eckdaten des Suchverfahrens sind längst festgezurr: Die Öffentlichkeit soll beteiligt, soziokulturelle wie lokalpolitische Aspekte sollen berücksichtigt werden.

Parteiübergreifend hat Deutschland für die Festlegung eines Endlagerstandorts in der Schweiz ein Auswahlverfahren zwischen alternativen Standorten gefordert. Dort wird demnächst mit einem Auswahlverfahren nach heutigem Stand von Wissenschaft und Technik begonnen, und auch die deutsche Bevölkerung wird an dem Verfahren beteiligt. Was wir von Nachbarstaaten fordern, muss auch für uns gelten.

Christina Hacker

AKWs zu Freizeitparks

Fortsetzung von Seite 1

Studien haben ergeben, dass eine Verdreifachung der heutigen AKW-Leistung bis 2050 rund fünf Milliarden Tonnen CO₂ einsparen könnte. Klimaforscher fordern jedoch, den weltweiten CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2050 um 25 bis 40 Milliarden Tonnen zu reduzieren. Eine Verdreifachung der Atomenergie brächte also lediglich 12,5 bis 20 Prozent der erforderlichen Einsparung. Wenn Atomkraft aus Klimaschutzgründen einen deutlich höheren Anteil am weltweiten Energiebedarf abdecken wollte, müssten in kurzer Zeit mehrere Tausend neuer AKWs gebaut werden – ein unrealistisches Szenario.

Bleibt der Verbrauch so hoch wie heute, reichen die Uranreserven noch etwa 70 Jahre, berechnet man die noch nicht erschlossenen geologischen Ressourcen mit ein, noch maximal 200 Jahre. Danach müssten wir auf Thorium als Brennstoff umsteigen oder in die Schnelle-Brüter-Technik einsteigen. Beides birgt unbeherrschbare Risiken und hat in der Praxis bereits versagt, wie beispielsweise das gescheiterte deutsche Brüter-Projekt in Kalkar oder der nie über den Probetrieb hinausgegangene Thorium-Hochtemperaturreaktor (THTR) in Hamm-Uentrop.

Klima retten durch Atomenergie – das würde den Teufel mit dem Beelzebub austreiben: Die Bedrohung „Klimawandel“ mit all seinen katastrophalen Auswirkungen steht dem Großrisiko „Atomanlage“ mit der Möglichkeit verheerender Unfälle gegenüber. Wer an der Atomenergie festhält, vergeudet nur Zeit und Geld für nachhaltig sinnvolle Maßnahmen und blockiert die dringend notwendige Umstrukturierung der Energieversorgung. Atomkraft würde uns endgültig in die Klimakatastrophe führen.

Auf www.umweltinstitut.org/atom „Atompolitik“ gibt es eine ungekürzte Fassung dieses Textes. In Kürze geben wir auch ein neues Faltblatt zu dem Thema heraus. Abonnieren Sie einfach kostenlos auf www.umweltinstitut.org unseren Newsletter, und wir benachrichtigen Sie pünktlich bei Erscheinen.

Radioaktivität → permanente Überwachung Neue Messanlage

Seit der Tschernobyl-Katastrophe 1986 überwacht das Umweltinstitut München nicht nur Lebensmittel auf Radioaktivität, sondern auch rund um die Uhr die Außenluft. Dadurch stellen wir sicher, dass radioaktiv verseuchte Luftmassen von uns entdeckt werden. So können wir bei einer Kontamination unverzüglich Informationen und Schutzempfehlungen an die Bevölkerung weitergeben.

Eine Modernisierung unserer Messeinrichtungen steht an. Wir hoffen, die notwendigen Mittel durch Ihre Unterstützung rasch aufzubringen, damit auch in Zukunft eine unabhängige, kontinuierliche Kontrolle und eine prompte Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet bleibt. Denn wir wollen niemand im (radioaktiven) Regen stehen lassen!

Vielen Dank für Ihre Hilfe!

Spenden und Beiträge an das Umweltinstitut München e.V. sind steuerlich absetzbar!

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 700 205 00, Konto-Nr. 88 311 00

Umweltinstitut München e.V.
Landwehrstr. 64a, 80336 München
Tel: (089) 30 77 49-0, Fax: (089) 30 77 49-20
info@umweltinstitut.org, www.umweltinstitut.org



Genbank → Gatersleben soll weg

Ein neues „Restrisiko“

transgener Pollen die Weizenpflanzen der Genbank verunreinige, mache dies nichts aus. Die Genbank sei schließlich Eigentum des Instituts, das auch für den Freisetzungsvorhaben verantwortlich zeichnet: das Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK). In Behördendeutsch: das IPK könne mit der Genbank „nach Belieben“ verfahren. Dass es sich bei dem Institut um eine Stiftung des öffentlichen Rechts handelt, also fast komplett aus Steuergeldern finanziert, und dass das IPK die Pflanzen der Genbank im Auftrag der Allgemeinheit bewahrt, stört die Behörde nicht. Zum Skandal wurde das Possenspiel um den so überflüssigen wie riskanten Versuch vollends, als bekannt wurde, dass das BVL das Gaterslebener Institut im Anschreiben zum Genehmigungsbescheid aufgefordert hatte, die Anbauflächen der Genbank zu verlagern. Neben Protesten der Öffentlichkeit – darunter allein 30.000 Einwendungen des Umweltinstituts –, macht die Behörde auch „Restrisiken“ geltend. Restrisiko – kennen wir diesen Begriff nicht, wenn es um die Sicherheit von Atomkraftwerken geht? Tschernobyl lässt grüßen.

Andreas Bauer

Man stelle sich vor, die Stadt München beantragt den Bau eines Atomkraftwerks auf dem Marienplatz. Die zuständige Bundesbehörde gibt ihr o.k. und teilt der Öffentlichkeit zusätzlich mit, die Stadt könne mit ihrem Grund und Boden schließlich verfahren, wie sie wolle. In einem Begleitschreiben zur Genehmigung wird gleichzeitig vorgeschlagen, aus Sicherheitsgründen die Stadt zu evakuieren.

Wer das für absurdes Theater hält, sieht sich leider getäuscht. Ganz ähnlich verlief im vergangenen November das Verfahren für den Anbau von genmanipuliertem Weizen auf dem Gelände der Genbank Gatersleben in Sachsen-Anhalt. Das für die Genehmigung solcher Versuche zuständige Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hatte den Versuch als unproblematisch durchgewinkt. Zwar gebe es ein geringes Restrisiko für die Verunreinigung der wertvollen in der Genbank gelagerten Getreidesorten. Doch sollte der Fall eintreten, dass

Ökolandbau → Angebote für Schulen und Kindergärten

Biolandbau hautnah

Bio boomt. Doch noch ist dort nicht viel davon zu spüren, wo sich unsere Kinder einen großen Teil des Tages aufhalten – in der Schule oder im Kindergarten. Dabei ist gerade die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen durch Pestizide in Obst und Gemüse oder das Heer von Zusatzstoffen in konventionellen Lebensmitteln gefährdet. Immer mehr Einrichtungen beschließen daher, die Gemeinschaftsverpflegung auf Bio-Lebensmittel umzustellen. Damit das von den Kindern und Jugendlichen auch angenommen wird, müssen sie auch erleben können, was es mit „Bio“ auf sich hat. Wie arbeitet ein Bio-Bauer? Sind Bio-Schweine wirklich glücklicher? Was wächst auf einem Bio-Acker? Fragen rund um den Ökolandbau beantworten wir bei Ausflügen auf Bio-Höfe – dank der Förderung durch die Stadt München kostenlos für Münchner Schulen und Kindergärten!

Kontakt → Andreas Bauer, Tel. (089) 30 77 49-14, ab@umweltinstitut.org

Gentechnikgesetz → Bauern bedroht

Hohe Kontaminationen

Noch in diesem Jahr will die Berliner Koalition ein neues Gentechnikgesetz verabschieden. Intern hat man sich bereits auf ein so genanntes Eckpunktepapier verständigt – Grundlage für den Gesetzentwurf. Sollte die Stoßrichtung bestehen bleiben, ist die gentechnikfreie Landwirtschaft existenziell bedroht. Denn das Papier sieht unter anderem vor, dass Bauern, die durch die Auskreuzung genmanipulierter Pflanzen geschädigt werden, nur dann einen finanziellen Ausgleich für ihre verunreinigte Ware bekommen, wenn die Kontamination mehr als 0,9 Prozent beträgt. Weil das aber nur in den seltensten Fällen vorkommt, werden die Landwirte auf ihren Produkten sitzen bleiben. Denn die Lebensmittelverarbeiter kaufen keine Ware mit einer gentechnischen Belastung von mehr als 0,1 bis 0,3 Prozent.

Genmanipulationen → Rekordeinwendung

Teilerfolg gegen Pharma-Erbesen

75.000 Einwendungen – nie zuvor hat ein Experiment mit Gen-Pflanzen in Deutschland so massenhaften Protest hervorgerufen wie die geplante Aussaat von genmanipulierten Pharma-Erbesen auf dem Gelände der Genbank Gatersleben (Sachsen-Anhalt). Mit den Einwendungen wollte das Umweltinstitut den Stopp des hochriskanten Versuchs erreichen.

Trotz unseres Widerstands dürfen die Erbsenpflanzen, die ein Medikament gegen Durchfallerkrankungen von Schweinen produzieren sollen, angebaut werden. Doch der Protest hat zumindest bewirkt, dass die Genehmigungsbehörde zur Auflage machte, dass in der Genbank während

des Experiments keine der dort lagernden traditionellen Erbsensorten angebaut werden dürfen. Damit ist zumindest ein unmittelbarer Schaden für die Saatgutschätze der Genbank abgewendet. Es bleibt jedoch die Sorge, dass die Gen-Erbesen verschleppt werden, zum Beispiel durch Hummeln. Pharmazeutikahaltiges Erbgut könnte dadurch in Lebensmittel gelangen. Felder mit Erbsen zum Verzehr befinden sich in lediglich einem Kilometer Entfernung zum Gen-Acker. Und auch die möglichen Umweltschäden wurden bei der Genehmigung wie üblich ausgeblendet.

